

*Der nächste linke Bundesparteitag findet vom 19. bis 21. Juni 2026 in Potsdam statt. Auf dieser Konferenz werden die Delegierten auch über einen Antrag unter dem Titel „Für gleiche Rechte im Nahen Osten – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus“ diskutieren. Eingebracht und zur Diskussion gestellt wird der Antrag vom Parteivorstand der Linken.*

*Ich beteilige mich an dieser Debatte, weil sie politisch notwendig ist und nur dann produktiv wird, wenn sie differenziert und aufklärerisch geführt wird. Zu oft ist die Auseinandersetzung über Israel, Palästina und Antisemitismus von zugespitzten Frontstellungen und vereinfachenden Deutungen geprägt. Entweder wird der Konflikt auf einen reinen Interessengegensatz reduziert und Antisemitismus ausgeblendet – oder er wird nahezu vollständig aus ihm erklärt, mit der Folge, dass Kritik an konkreter Politik vorschnell delegitimiert wird. Beides verstellt den Blick auf die Realität und erschwert eine politische Verständigung.*

*Vor diesem Hintergrund veröffentliche ich einen Vorschlag für eine Beschlussvorlage. Sie soll der Komplexität des Themas gerecht werden, ohne in Unschärfe auszuweichen, und zugleich deutlich machen, wie sich eine verbindende Linkspartei positionieren kann: klar gegen Antisemitismus und jeden Rassismus, ebenso klar für gleiche Rechte und eine völkerrechtsbasierte Perspektive im Nahen Osten – und offen für eine Debatte, die politische Kritik von pauschalen Zuschreibungen trennt.*

## **Für gleiche Rechte im Nahen Osten – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus**

### **I. Einordnung des Bedarfs einer erneuten Positionierung**

Die Linke hat auf ihrem Bundesparteitag 2024 in Halle einen Beschluss zur Situation in Israel und Palästina gefasst, der die Perspektiven der betroffenen Akteur\*innen ernst nimmt, die asymmetrischen Machtverhältnisse benennt und an die Verantwortung aller regionalen und internationalen Akteure für eine politische Lösung appelliert. Dieser wegweisende Beschluss erkennt das besondere historische Verhältnis Deutschlands zu Israel an und weitet diese Verantwortung ausdrücklich auch auf die Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde der Palästinenser\*innen aus.

Einig waren und sind wir uns als Partei darin, dass das Leid der Zivilbevölkerung auf allen Seiten ein sofortiges Ende der Gewalt erfordert. Wir verurteilen jede Form von Terror, Antisemitismus und Rassismus ebenso wie kollektive Bestrafung, Vertreibung und die Missachtung des humanitären Völkerrechts. Der Schutz von Menschenleben, der uneingeschränkte Zugang zu humanitärer Hilfe und die Achtung der Würde aller Betroffenen haben für uns Vorrang vor militärischer Logik. Unser gemeinsames Ziel bleibt eine politische Lösung, die dauerhaft Sicherheit, Selbstbestimmung und gleiche Rechte alle Menschen in Israel, den palästinensischen Gebieten und im Libanon gewährleistet.

Seit dem Hallenser Parteitag hat sich die Situation in der Region nicht verbessert, sondern katastrophal entwickelt. Vor diesem Hintergrund treffen wir folgende Feststellungen:

24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73

Durch den von der Hamas geplanten und ausgeführten terroristischen Angriff vom 7. Oktober wurden ca. 1 200 Menschen getötet. Mehr als 800 davon waren Zivilist\*innen, darunter 36 Kinder. Die Opfer waren in erster Linie jüdische Israelis, aber auch beduinische Staatsbürger\*innen Israels und zahlreiche ausländische Arbeitsmigrant\*innen, Studierende und Asylsuchende. Mehr als 4.000 Menschen wurden verletzt, underte Häuser und zivile Gebäude zerstört oder unbewohnbar gemacht. Zehntausende Menschen wurden in Folge der Angriffe vom 7. Oktober aus ihren Häusern vertrieben. Tausende sind es bis heute. Sie leiden unter dem anhaltenden Trauma, sowohl Angehörige als auch ihr Zuhause verloren zu haben. Es handelt sich um die zahlenmäßig größte Vernichtungsaktion gegenüber jüdischen Menschen seit der Shoa., Zudem wurde der ohnehin marginalisierten israelischen Friedensbewegung schwerer Schaden zugefügt.

Die nach dem Hamas-Attentat einsetzenden militärischen Reaktionen der israelischen Regierung trugen zu einer regionalen Eskalation bei. Diese steht wiederum in einem Zusammenspiel mit dem Handeln bewaffneter nichtstaatlicher Akteure wie der Terrororganisation Hisbollah und wirkt bis heute fort. Der Gazastreifen ist in weiten Teilen zerstört, Zehntausende Palästinenser\*innen wurden getötet, die humanitäre Lage ist katastrophal. Diese Kriegsführung, die gezielt zivile Lebensgrundlagen zerstört und damit Vertreibung begünstigt, setzt sich gegenwärtig in vergleichbarer Form auch im Südlibanon fort und stellt einen eklatanten Bruch humanitärer Schutzprinzipien dar. Internationale Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Völkerrechtler\*innen sprechen angesichts der systematischen Zerstörung ziviler Infrastruktur, der massenhaften Tötung von Zivilist\*innen, der Vertreibungsrhetorik führender israelischer Regierungsmitglieder und der Blockade humanitärer Hilfe von schwersten Völkerrechtsverbrechen bis hin zu einem Genozid. Der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof untersuchen die Vorwürfe eines israelischen Völkermords in Gaza.

Über die Bewertung, ob der juristische Tatbestand des Genozids erfüllt ist, gibt es in unserer Partei keine einheitliche Meinung. Während ein Teil die systematischen Verbrechen als Völkermord ansieht und artikuliert, legt ein anderer Teil Wert darauf, dass die gerichtliche Überprüfung ein Urteil darüber fällen wird.

Worin wir uns als Mitglieder der Partei Die Linke einig sind, ist dass niemand in unseren Reihen israelische Kriegsverbrechen leugnet oder gar unterstützt. Unsere Kritik an der Kriegsführung der israelischen Regierung schließt keinerlei Relativierung des Charakters der Hamas und verbündeter Terrorgruppen ein. Diese eint das erklärte Ziel, Israel zu vernichten und dessen Existenzrecht zu negieren – ein Ziel, das wir unmissverständlich ablehnen.

Inmitten dieser Zerstörung besteht die palästinensische Gesellschaft weiter. Menschen organisieren sich, dokumentieren, leisten Widerstand gegen das Verschwinden und beharren auf ihrem Recht auf Existenz, Würde und Selbstbestimmung. Dieser Anspruch ist ebenso legitim wie das grundlegende Bedürfnis nach Sicherheit und einem Leben frei von Gewalt für die Menschen in Israel, in Palästina und im Südlibanon.

74 Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage dramatisch. Die eskalierende  
75 alltägliche Gewalt bewaffneter Siedlerinnen, militärische Übergriffe der israelischen  
76 Armee, großflächige Vertreibungen palästinensischer Gemeinden und der  
77 fortgesetzte Siedlungsbau – insbesondere das Projekt E1 – zerstören systematisch  
78 die letzten realen Voraussetzungen für einen souveränen, zusammenhängenden  
79 palästinensischen Staat. Spätestens seit Juli 2024 ist zudem auch juristisch eindeutig  
80 festgestellt, dass Besatzung, Entrechtung und Vertreibung durch Israel  
81 völkerrechtswidrig sind und Israel nach internationalem Recht verpflichtet ist, die  
82 besetzten Gebiete zu räumen und palästinensische Selbstbestimmung zu  
83 ermöglichen. Gleichzeitig kommt es weiterhin zu bewaffneten Angriffen  
84 palästinensischer Akteure auf israelische Soldatinnen und Zivilist\*innen, die wir  
85 unmissverständlich verurteilen.

86  
87 Diese Entwicklungen sind eingebettet in eine israelische Regierungspolitik, die  
88 zunehmend autoritär, nationalistisch und offen expansionistisch agiert und dabei auf  
89 internationale politische Rückendeckung bauen kann. Sie trägt nicht zur Sicherheit  
90 der israelischen Bevölkerung bei, sondern verstetigt Gewalt, Militarisierung und  
91 internationale Isolation.

92  
93 Die palästinensische Bevölkerung fordert seit Jahrzehnten die Verwirklichung dessen  
94 ein, was in zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen anerkannt wurde: das  
95 Recht auf Selbstbestimmung, ein Ende der Besatzung und die Möglichkeit eines  
96 eigenen politischen Gemeinwesens. Diese Forderungen sind keine  
97 Verhandlungsmasse, sondern bilden die unverzichtbare Grundlage jeder ernsthaften  
98 politischen Lösung, wie sie in Resolutionen der Vereinten Nationen anerkannt ist.

99  
100 In gleicher Weise gilt das Recht der Menschen in Israel auf Sicherheit und ein Leben  
101 ohne Angst vor Terror und Krieg.

102  
103 Von der im Camp-David-Prozess angelegten Zwei-Staaten-Lösung ist die Region  
104 heute weiter entfernt denn je. Die Politik der vergangenen Jahre – einschließlich  
105 vermeintlicher „Friedenspläne“ wie dem von der Trump-Administration vorgelegten  
106 Konzept – hat das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ausgehöhlt und faktisch  
107 eine völkerrechtswidrige Ein-Staat-Realität verfestigt, die von struktureller  
108 Ungleichheit und Dominanz geprägt ist.

109  
110 Eine gerechte und nachhaltige Lösung dieses Konflikts ist nur denkbar durch die  
111 Rückkehr zu einer echten Zwei-Staaten-Lösung oder zu einem politisch  
112 gleichwertigen Prozess einer binationalen, demokratischen Föderalisierung, der  
113 gleiche Rechte, Sicherheit und Selbstbestimmung für alle Menschen zwischen  
114 Mittelmeer und Jordan garantiert. Jenseits solcher Modelle gibt es keine Perspektive  
115 auf Frieden, sondern nur die Fortschreibung von Gewalt, Entrechtung und Instabilität.

116  
117 Der – wenn auch fragile – Waffenstillstand im Gazastreifen sowie die Freilassung  
118 israelischer Geiseln und größtenteils unrechtmäßig inhaftierter palästinensischer  
119 Gefangener sind vor diesem Hintergrund Schritte, die wir ausdrücklich begrüßen. Sie  
120 können jedoch nur ein Anfang sein, wenn ihnen ein ernsthafter politischer Prozess  
121 folgt, der Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Betroffenen ins Zentrum stellt.

122  
123 **II. Linke Politik, innerparteiliche Verantwortung und Selbstverständigung**

124

125 Die Debatte über Israel und Palästina ist für Die Linke keine außenpolitische  
126 Randfrage, sondern berührt zentrale Fragen unseres friedenspolitischen und  
127 emanzipatorischen Selbstverständnisses.

128  
129 Dabei müssen wir selbstkritisch festhalten, dass andere gravierende Konflikte und  
130 humanitäre Katastrophen weltweit – etwa die Situation der Menschen in der von  
131 Marokko besetzten Westsahara, die Hungerkatastrophe im Sudan oder  
132 jahrzehntelange militärische Konflikte wie in Somalia – uns ebenso herausfordern, im  
133 politischen Diskurs jedoch allzu oft aus dem Blick gerate

134  
135 Zugleich ist die Debatte – in der Gesellschaft wie auch in unserer Partei – von tiefen  
136 Kontroversen geprägt, die weit über unterschiedliche historische, theoretische oder  
137 biografische Zugänge hinausgehen. In ihr begegnen sich Menschen mit sehr  
138 unterschiedlichen Betroffenheiten, Kenntnisständen und Erfahrungen. Insbesondere  
139 die Dynamiken sozialer Medien – mit ihren strukturellen Tendenzen zur Polarisierung  
140 und Verkürzung – überlagern dabei häufig eine sachliche und solidarische  
141 Diskussion. All dies erschwert eine differenzierte, selbstkritische und gemeinsame  
142 Verständigung, wie wir sie als Partei Die Linke für wichtig halten.

143  
144 Die innerparteilichen Fachgespräche der letzten Monate haben gezeigt, wie groß der  
145 Bedarf an politischer Klärung, an gegenseitigem Zuhören und an Schutz vor  
146 Diffamierung ist. Als Partei wollen wir diese Debatten solidarisch, kontrovers und  
147 respektvoll führen. Für Gewaltverherrlichung, Einschüchterung, antisemitische oder  
148 rassistische Positionen ist dabei kein Platz.

149  
150 All dies erschwert eine differenzierte, selbstkritische und gemeinsame  
151 Verständigung, wie wir sie als Partei Die Linke für unverzichtbar halten. Und macht  
152 deutlich, wie notwendig sie ist. Denn wenn wir diesen Anspruch auf Verständigung  
153 nicht einmal in unseren eigenen Debatten einlösen, dürfen wir nicht erwarten, dass er  
154 unter den Bedingungen von Krieg, Terror, Vertreibung und tiefen Traumatisierungen  
155 im Nahen Osten ohne Weiteres eingelöst werden kann.

156  
157 In der Partei wird über den Zionismus als politische Ideologie, über die  
158 Charakterisierung des Konflikts als siedlungskolonial, über das Verhältnis von  
159 Antisemitismus und Antizionismus sowie über Formen legitimen politischen  
160 Widerstands kontrovers diskutiert. Diese Debatten sind notwendig. Sie dürfen jedoch  
161 weder in Relativierungen von Gewalt noch in gegenseitige Delegitimierung  
162 umschlagen.

163  
164 **Wir halten deshalb fest, worin wir uns in der Partei Die Linke einig sind:**

165  
166 Das Unrecht gegenüber den Palästinenserinnen begann nicht erst 1967 oder mit den  
167 aktuellen Kriegen, sondern spätestens 1948 mit der Nakba – der Flucht und  
168 Vertreibung hunderttausender Palästinenserinnen im Zuge des Krieges, der auf die  
169 Gründung des Staates Israel und den Angriff mehrere arabischer Staaten folgte.  
170 Diese historische Erfahrung von Enteignung, Vertreibung und Entrechtung prägt das  
171 palästinensische kollektive Gedächtnis bis heute und ist völkerrechtlich ebenso  
172 relevant wie politisch unabdingbar anzuerkennen. Millionen Palästinenser\*innen  
173 leben weiterhin als Geflüchtete in Lagern oder in der Diaspora; ihr Recht auf  
174 Selbstbestimmung sowie auf eine politische Lösung ihrer Situation bleibt bis heute  
175 unerfüllt.

176

177 Gleichzeitig ist festzuhalten, dass der Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert  
178 auch eine Reaktion auf jahrhundertelangen, insbesondere europäischen  
179 Antisemitismus war und für viele Jüdinnen und Juden einen legitimen Wunsch nach  
180 Schutz, Sicherheit und kollektiver Selbstbestimmung ausdrückte. Die staatliche  
181 Verwirklichung dieses Anspruchs erfolgte unter den Bedingungen eines regionalen  
182 Krieges und ging jedoch mit der systematischen Missachtung der Rechte der  
183 arabisch-palästinensischen Bevölkerung einher – ein Umstand, der weder historisch  
184 verdrängt noch völkerrechtlich gerechtfertigt werden kann, auch wenn es innerhalb  
185 der zionistischen Bewegung immer auch Konzepte gleichberechtigter Koexistenz  
186 gab. Für zahlreiche Jüdinnen und Juden war die Flucht nach Palästina in den 1930er  
187 und 1940er Jahren zudem der einzige Ausweg vor dem nationalsozialistischen  
188 Vernichtungsantisemitismus. Nach 1948 wurde Israel darüber hinaus Zufluchtsort für  
189 Jüdinnen und Juden, die infolge von Verfolgung, Entrechtung und schließlich  
190 Vertreibung aus arabischen und anderen mehrheitlich muslimischen Ländern ihre  
191 Herkunftsgesellschaften verlassen mussten.

192

193 Diese unterschiedlichen historischen Erfahrungen dürfen weder gegeneinander  
194 ausgespielt noch nivelliert werden. Eine an den Maßstäben des Völkerrechts  
195 orientierte Perspektive erkennt gleichermaßen das Recht der Palästinenserinnen auf  
196 Selbstbestimmung wie das Recht Israels auf Existenz und Sicherheit an.

197

198 Gerade weil diese Geschichte von tiefen Traumatisierungen, Verlusten und  
199 asymmetrischen Machtverhältnissen geprägt ist, erfordert sie eine Debatte, die der  
200 Komplexität gerecht wird und einfache moralische Zuschreibungen vermeidet.

201

202 Wenn eine solche differenzierte, selbstkritische Verständigung bereits in unseren  
203 eigenen politischen Auseinandersetzungen schwerfällt, sollte uns das mahnen, mit  
204 umso größerer Verantwortlichkeit über Wege zu sprechen, die den Menschen vor Ort  
205 – Israelis wie Palästinenserinnen – ein Leben in Sicherheit, Würde und gleichen  
206 Rechten ermöglichen.

207

208 Wir bekennen uns unmissverständlich zum völkerrechtlich verankerten  
209 Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen und Juden im heutigen Staat Israel. Ebenso  
210 bekennen wir uns unmissverständlich zum Selbstbestimmungsrecht der  
211 Palästinenser\*innen auf eine eigene politische Existenz und gleichberechtigte  
212 Selbstorganisation. Beide Rechte sind gleichrangig und unteilbar. Sie schließen  
213 einander nicht aus, sondern bilden gemeinsam die Grundlage jeder gerechten und  
214 nachhaltigen politischen Lösung.

215

216 Dieses Bekenntnis umfasst sowohl das Existenzrecht Israels als auch das Recht der  
217 Palästinenser\*innen auf kollektive Selbstbestimmung – unabhängig davon, ob dieses  
218 in Form zweier souveräner Staaten oder eines gleichwertigen binationalen,  
219 demokratischen und föderalen Modells verwirklicht wird. Maßgeblich ist, dass diese  
220 Ordnung auf Gleichberechtigung, Sicherheit und gleichen Rechten für alle zwischen  
221 Mittelmeer und Jordan lebenden Menschen beruht.

222

223 Wir stellen fest, dass der Staat Israel der palästinensischen Bevölkerung in den  
224 völkerrechtswidrig besetzten Gebieten politische und nationale Selbstbestimmung  
225 sowie grundlegende Menschenrechte vorenthält. Auch innerhalb Israels erleben  
226 Palästinenser\*innen strukturelle soziale und politische Diskriminierung, während

227 formale rechtliche Gleichstellung zunehmend infrage gestellt wird. Die gegenwärtige  
228 Realität zwischen Mittelmeer und Jordan weist daher die Merkmale einer faktischen  
229 Ein-Staaten-Ordnung mit tiefgreifenden Ungleichheiten auf – im Widerspruch zu den  
230 völkerrechtlichen Prinzipien von Gleichheit und Selbstbestimmung.

231

232 Aus dieser Analyse folgt für uns als Partei eine gemeinsame Verantwortung: gegen  
233 Antisemitismus in all seinen Formen einzutreten und jüdische Sicherheit sowie  
234 Selbstbestimmung zu schützen, ebenso wie konsequent für die Rechte, die  
235 Sicherheit und die Selbstbestimmung der Palästinenser\*innen einzustehen und  
236 anti-palästinensischem Rassismus entgegenzutreten. Diese Verantwortung folgt  
237 einem einheitlichen menschen- und völkerrechtlichen Maßstab und darf nicht  
238 relativiert oder gegeneinander ausgespielt werden.

239

240 Diese Verantwortung wahrzunehmen heißt für uns, politische Initiativen lokaler  
241 Akteurinnen zu unterstützen, die demokratisch legitimiert sind, Gewalt ablehnen und  
242 ausdrücklich für die gleichzeitige Verwirklichung der Selbstbestimmungsrechte von  
243 Palästinenserinnen und Jüdinnen und Juden eintreten. Dabei orientieren wir uns an  
244 völkerrechtlichen Maßstäben, menschenrechtlichen Analysen sowie an den  
245 Erfahrungen und Perspektiven der unmittelbar Betroffenen.

246

247 Unsere politischen Bezugspunkte sind jene zivilgesellschaftlichen, linken,  
248 feministischen und gewaltfreien Kräfte in Israel, Palästina und der gesamten Region  
249 die für Gleichberechtigung, ein Ende der Besatzung und eine gemeinsame Zukunft  
250 auf Grundlage gleicher Rechte, Sicherheit und Selbstbestimmung für alle Menschen  
251 im Nahen Osten eintreten.

252

253 **Für unsere politische Praxis heißt das:**

254

255 Die Linke führt innerparteiliche Debatten zu Israel und Palästina strukturiert,  
256 transparent und geschützt vor Diffamierung. Politischen Kampagnen und  
257 Mobilisierungen gegen Genoss\*innen treten wir gemeinsam entgegen. Wir verurteilen  
258 die Hamas sowie mit ihr verbündete Terrororganisationen wie die Hisbollah als  
259 islamistische, antisemitische Akteure und lehnen ihre Gewalt gegen Zivilist\*innen  
260 ebenso entschieden ab wie jede andere Form von Terror.

261

262 Militärische Unterdrückung, Besatzung, kollektive Bestrafung und systematische  
263 Entrechtung schaffen jedoch ebenfalls keine Sicherheit, sondern verstetigen und  
264 reproduzieren Gewaltverhältnisse.

265

266 Wir verteidigen das Recht auf friedlichen Protest, internationale Solidarität und Kritik  
267 an staatlichem Handeln, auch wenn diese auf Widerstand oder Repression stoßen.  
268 Menschen, die sich gewaltfrei für palästinensische Rechte, einen Waffenstillstand  
269 und einen gerechten Frieden engagieren, verdienen unseren Schutz und unsere  
270 Solidarität.

271

272 Boykott- und Sanktionsaufrufe sind keine Selbstverständlichkeit, sondern bedürfen  
273 besonderer politischer Begründung. Sie sind nur dann legitim, wenn sie gezielt,  
274 verhältnismäßig und auf konkrete staatliche Verantwortliche oder Strukturen gerichtet  
275 sind, die nachweislich an völkerrechtswidrigen Praktiken beteiligt sind. Maßnahmen,  
276 die pauschal die israelische Gesellschaft oder Bevölkerung treffen, weisen wir  
277 zurück.

278

279 Die Linke stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus, antimuslimischem  
280 Rassismus und gegen die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für  
281 innenpolitische Hetze.

282

283 Die Linke setzt sich weiterhin für die Anerkennung des Staates Palästina im Einklang  
284 mit sämtlichen UN-Resolutionen, für den Abbau illegaler jüdischer Siedlungen im  
285 besetzten Westjordanland sowie für eine integrative Zweistaatenlösung ein, in der  
286 das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser\*innen als auch von Jüdinnen  
287 und Juden verwirklicht werden kann.

288

289 Sie stärkt dafür den Austausch mit progressiven Kräften in Israel und Palästina und  
290 macht ihre Stimmen sichtbar. Wir schätzen dabei auch die Bemühungen von  
291 progressiven Akteur\*innen in Israel und Palästina, das Nationalstaatsmodell auch in  
292 Israel und Palästina perspektivisch zu überwinden und dieses in Richtung einer  
293 verschränkten Staatlichkeit mit gleichen Rechten und gleicher Selbstbestimmung für  
294 alle Menschen in Israel und Palästina weiterzuentwickeln.

295

296 Die Linke verteidigt das Recht auf friedlichen Protest und politische Meinungsfreiheit  
297 für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina auch dann, wenn Positionen  
298 umstritten sind.

299

300 In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an Demonstrationen für den Frieden,  
301 gegen Antisemitismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht von  
302 Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser\*innen in Israel und Palästina. Wir  
303 organisieren Veranstaltungen zur Aufklärung über die aktuelle Situation in Israel und  
304 Palästina sowie ihre ambivalente historische Genese und erarbeiten entsprechende  
305 Materialien.

306

### 307 **III. Unsere Vorstellungen von einem gerechten Frieden**

308

#### 309 **Wir stellen fest:**

310

311 Die deutsche Bundesregierung trägt eine besondere historische, politische und  
312 völkerrechtliche Verantwortung. Diese ergibt sich aus der historischen Verantwortung  
313 für die Shoah ebenso wie aus der Tatsache, dass in Deutschland Menschen mit  
314 jüdischen und palästinensischen Biografien leben, deren Sicherheit, Rechte und  
315 gleichberechtigte Teilhabe zu schützen sind.

316

317 Diese Verantwortung darf nicht auf eine einseitig verstandene „Staatsräson“ reduziert  
318 werden, die die Bindung an das Völkerrecht suspendiert oder dessen Verletzung  
319 relativiert. Deutschlands Handeln muss vielmehr fest in der europäischen und  
320 internationalen Staatengemeinschaft verankert sein und den Schutz jüdischen  
321 Lebens, die konsequente Durchsetzung des humanitären Völkerrechts, die  
322 Verhinderung weiterer Gewalt sowie die aktive Förderung einer gerechten politischen  
323 Lösung auf multilateraler Grundlage miteinander verbinden.

324

325 Deutschland ist völkerrechtlich verpflichtet, Waffenexporte in Krisen- und  
326 Konfliktregionen restriktiv zu handhaben und keine Lieferungen zu genehmigen,  
327 wenn ein substantielles Risiko besteht, dass sie zur Begehung von Kriegsverbrechen  
328 oder schweren Menschenrechtsverletzungen beitragen.

329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361  
362  
363  
364  
365  
366  
367  
368  
369  
370  
371  
372  
373  
374  
375

Der Antrittsbesuch des Bundeskanzlers Merz bei Benjamin Netanjahu trotz eines internationalen Haftbefehls stellte weniger eine Frage diplomatischer Kontakte dar, sondern war ein politisch bedenkliches Signal, das die Autorität internationaler Strafgerichtsbarkeit faktisch untergräbt.

Ein gerechter und nachhaltiger Frieden setzt die gleichrangige Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte der Palästinenser\*innen ebenso voraus wie das Recht von Jüdinnen und Juden auf Sicherheit, Schutz und kollektive Selbstbestimmung. Er erfordert die Anerkennung der historischen Erfahrungen beider Bevölkerungen – dazu zählen die Nakba und die bis heute fortwirkende Entrechtung palästinensischer Geflüchteter ebenso wie die Geschichte antisemitischer Verfolgung, Flucht und existenzieller Bedrohung jüdischen Lebens, die zur Gründung Israels beigetragen haben.

Auf dieser Grundlage bedarf es politischer Verhandlungen über offene Statusfragen, einschließlich der Situation palästinensischer Geflüchteter und möglicher Rückkehr-, Entschädigungs- und Integrationslösungen, wie sie in internationalen Vereinbarungen und UN-Resolutionen angelegt sind. Maßgeblich ist, dass solche Lösungen die Rechte, die Sicherheit und die Würde aller Betroffenen wahren und zu einer Ordnung führen, die auf Gleichberechtigung, Frieden und gegenseitiger Anerkennung beruht.

#### **Wir fordern daher:**

- Die Bundesregierung muss sich auf allen internationalen Ebenen konsequent für einen sofortigen, tatsächlichen und nachhaltigen Waffenstillstand einsetzen, der alle staatlichen und nichtstaatlichen bewaffneten Akteure in Israel, Palästina und der Region einbezieht. Der Schutz der Zivilbevölkerung und der uneingeschränkte Zugang für humanitäre Hilfe haben oberste Priorität.
- Israel muss sich entsprechend des Waffenstillstandsabkommens mit dem Libanon aus dem November 2024 aus libanesischem Gebiet zurückziehen.
- Die internationale Staatengemeinschaft ist verpflichtet, die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sicherzustellen und den Wiederaufbau ziviler Infrastruktur zu ermöglichen, insbesondere von Wohnhäusern, Krankenhäusern, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten.  
Deutschland muss sich als Teil dieser Verantwortung politisch, finanziell und diplomatisch aktiv einbringen, sich für einen ungehinderten humanitären Zugang einsetzen und den Schutz humanitärer Akteur\*innen gewährleisten. Humanitäre Hilfe darf weder politisch instrumentalisiert noch blockiert werden.
- Geflüchtete aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland müssen in Deutschland umgehend Schutz erhalten und vor Abschiebung bewahrt werden. Es braucht ein humanitäres Aufnahmeprogramm mit zusätzlichen Plät-

376 zen, gesichertem Aufenthaltsstatus und Zugang zu sozialen Rechten. Die Pra-  
377 xis des BAMF, Asylanträge mit dem Verweis auf eine angeblich unklare Lage  
378 nicht zu bearbeiten, ist umgehend zu beenden.

379

380 • Deutschland und die Europäische Union müssen den diplomatischen Druck  
381 auf alle regionalen Akteure erhöhen, die das Existenzrecht Israels weiterhin  
382 negieren oder aktiv zur Destabilisierung der Region beitragen. Dies gilt insbe-  
383 sondere für das iranische Regime, das die eigene Bevölkerung unterdrückt,  
384 antisemitische Vernichtungsdrohungen propagiert und durch die Unterstüt-  
385 zung bewaffneter Milizen Konflikte in der Region anheizt.

386

387 • Die Hamas, die Hisbollah und andere bewaffnete nichtstaatliche Akteure müs-  
388 sen ihren Terror gegen Zivilistinnen, ihre Ablehnung des Existenzrechts Isra-  
389 els sowie autoritäre Macht- und Herrschaftsstrukturen aufgeben. Terrorismus  
390 und religiös-nationalistische Gewalt stehen einer demokratischen Selbstbe-  
391 stimmung der Palästinenserinnen ebenso entgegen wie einem friedlichen Zu-  
392 sammenleben und einer nachhaltigen Sicherheitsordnung in der Region.

393

394 • Ein gerechter und nachhaltiger Frieden setzt die gleichrangige Anerkennung  
395 des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser\*innen sowie des Selbstbe-  
396 stimmungsrechts von Jüdinnen und Juden voraus. Die Bundesregierung soll  
397 eine politische Lösung unterstützen, die gleiche Rechte, Sicherheit und Selbst-  
398 bestimmung für alle Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan gewährleistet  
399 – sei es in Form zweier souveräner Staaten oder einer demokratischen, binati-  
400 onalen und föderalen Ordnung.

401

402 • Zu einer solchen Lösung gehört die Anerkennung der historischen Erfahrun-  
403 gen beider Bevölkerungen. Dazu zählen die Nakba und die bis heute fortwir-  
404 kende Entrechtung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung  
405 ebenso wie die Geschichte antisemitischer Verfolgung, Flucht und existenziel-  
406 ler Bedrohung jüdischen Lebens.

407

408 • Vor diesem Hintergrund bedarf es einer politischen Lösung für die Situation  
409 der palästinensischen Geflüchteten, einschließlich von Verhandlungen über  
410 Rückkehr-, Entschädigungs- und dauerhafte Rechte gemäß den einschlägigen  
411 UN-Resolutionen. Maßgeblich ist, dass diese Fragen auf Grundlage des Völ-  
412 kerrechts geregelt werden und Sicherheit, Würde und Gleichberechtigung für  
413 alle gewährleisten.

414

415 • Die Bundesregierung soll sich eindeutig und konsequent dafür einsetzen, dass  
416 die völkerrechtswidrige militärische Kontrolle Israels über die seit 1967 besetz-  
417 ten palästinensischen Gebiete der Westbank einschließlich Ostjerusalems so-  
418 wie über den Gazastreifen beendet wird. Der Rückzug der israelischen Armee  
419 muss im Rahmen eines politischen Prozesses erfolgen, der an internationales  
420 Recht, belastbare Sicherheitsgarantien und verhandelte Lösungen gebunden  
421 ist.

422

- 423 • Diese Forderung entspricht den Feststellungen des Internationalen Gerichts-  
 424 hofs in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024, in dem die Besetzung als völker-  
 425 rechtswidrig eingestuft und ihre schnellstmögliche Beendigung verlangt wird.  
 426 Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich aktiv für die politische und rechtli-  
 427 che Umsetzung dieses Gutachtens einzusetzen.  
 428
- 429 • Der fortgesetzte Siedlungsbau, die Schaffung dauerhafter Fakten durch Anne-  
 430 xion, Landenteignung und jede Form von Vertreibung der palästinensischen  
 431 Bevölkerung sind umgehend zu beenden, da sie den Bruch des Völkerrechts  
 432 vertiefen und eine gerechte politische Lösung systematisch untergraben.  
 433
- 434 • Die Bundesregierung soll sich auf UN-Ebene gegen internationale Verwal-  
 435 tungs- und „Friedensmodelle“ stellen, die palästinensische Selbstbestimmung  
 436 durch extern gesteuerte, demokratisch nicht legitimierte Strukturen ersetzen.  
 437 Gremien wie das von der US-Administration initiierte „Board of Peace“ repro-  
 438 duzieren dabei nicht nur neo-koloniale Machtverhältnisse, sondern stehen zu-  
 439 gleich für eine problematische Privatisierung öffentlicher Verantwortung, in-  
 440 dem politische Entscheidungen mit ökonomischen Interessen und Verwer-  
 441 tungslogiken vermischt werden.  
 442
- 443 • Die Bundesregierung muss die internationale Strafgerichtsbarkeit uneinge-  
 444 schränkt unterstützen. Alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und  
 445 die Menschenrechte sind unabhängig vom Täter aufzuklären und zu ahnden.  
 446 Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen, ins-  
 447 besondere der UNRWA, ist aktiv gegen politischen Druck, Delegitimierung und  
 448 Finanzierungsentzug zu verteidigen.  
 449
- 450 • Die materielle, politische und diplomatische Unterstützung jener Organisatio-  
 451 nen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Israel und Palästina ist auszubauen,  
 452 die gewaltfrei, demokratisch und gemeinsam für Dialog, gleiche Rechte,  
 453 Selbstbestimmung und Sicherheit eintreten – insbesondere dort, wo dieses  
 454 Engagement unter Repression und extremem Druck erfolgt.  
 455
- 456 • Palästinensisches Leben in Deutschland ist zu schützen und sichtbar zu ma-  
 457 chen. Wir unterstützen Dialog-, Kultur- und Bildungsprojekte, die palästinensi-  
 458 sche Geschichte, Gegenwart und Perspektiven angemessen im öffentlichen  
 459 Diskurs repräsentieren.  
 460 Jüdisches Leben in all seiner Vielfalt ist ebenso umfassend zu schützen und  
 461 zu stärken. Angesichts des seit dem 7. Oktober massiv gestiegenen Antisemi-  
 462 tismus in Deutschland und weltweit ist jüdisches Leben erneut in besonderer  
 463 Weise bedroht. Antisemitismus, Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden  
 464 werden wir in jeder Form entschieden bekämpfen und der zunehmenden Unsi-  
 465 cherheit jüdischer Menschen entschlossen entgegentreten.  
 466

#### 467 **IV. Ausblick**

468

469 Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts hat über die Region hinaus Be-  
470 deutung. Sie kann zeigen, wie jahrzehntelange Besatzungs- und Unterdrückungsrea-  
471 litäten – etwa in der Westsahara – auf Grundlage des Völkerrechts überwunden wer-  
472 den können. Ein zentraler Teil der Lösung ist die Stärkung reformierter multilateraler  
473 Institutionen, insbesondere handlungsfähiger Vereinter Nationen und eines Sicher-  
474 heitsrats, der den globalen Süden gleichberechtigt einbindet.